



Anne Sophie Ortmanns

Verkehrssicherungspflichten von Netzdienstleistern in der Volksrepublik China unter besonderer Berücksichtigung der E-Commerce- Plattform-Betreiber

Schriften zum Internationalen Recht, Band 239

Zahlr. Tab., 245 Seiten, 2023

ISBN 978-3-428-18934-2, € 79,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428189342

Die Volksrepublik China nimmt weltweit eine Vorreiterrolle bei der Zurverfügungstellung digitaler Dienste ein. Angesichts steigender Zahlen online begangener Rechtsverletzungen ist die Problematik, inwieweit neben den unmittelbaren Schädigern auch E-Commerce-Plattform-Betreiber und andere Netzdienstleister rechtlich zur Verantwortung gezogen werden, in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus des chinesischen Gesetzgebers geraten. Wesentliche Regelungen enthalten neben diversen justiziellen Auslegungen das am 1.1.2021 in Kraft getretene Zivilgesetzbuch der Volksrepublik China sowie das am 1.1.2019 in Kraft getretene Gesetz über den E-Commerce. Die Arbeit untersucht, inwieweit die neuen Vorschriften sich von ihren Vorgängerregelungen unterscheiden, und kommt zu dem Ergebnis, dass sie trotz großer inhaltlicher Überschneidungen sowohl Verbesserungen als auch haftungsverschärfende Regelungen enthalten, mit denen Rechtsunsicherheit einhergeht.

Inhalt

1. Einführung

Einleitung — Stand der Forschung, Ziel, Methode und Gang der Untersuchung — Begrifflicher Gegenstand der Untersuchung

2. Die Verkehrspflichten im Rahmen des *Notice and Takedown*-Verfahrens

Das *Notice and Takedown*-Verfahren im chinesischen Recht

3. Aktive Prüf- und Sicherungspflichten

Die Wissensregeln des DelHaftG, ZGB, ECG und der SRVI-VO — Die Pflichten von E-Commerce-Plattform-Betreibern gemäß § 38 Abs. 2 ECG

4. Schlussbetrachtung

Resümee, Thesen und Handlungsempfehlungen

Anhang

Literaturverzeichnis

Stichwortverzeichnis